



FINO-Pointer 30.06.2020

# Irak: Kadhimi sucht den Befreiungsschlag

Christian Wyler (FINO)

**Die Regierung in Bagdad geht gegen iran-treue Milizen vor und öffnet die Arme für einen ehemals verbannten sunnitischen Politiker. Premierminister al-Kadhimi zielt damit auf einen Kompromiss zwischen Eliten und Bevölkerung.**

Zwei Meldungen der letzten Tage aus dem Irak lassen aufhorchen. Die erste davon betrifft das Vorgehen der Regierung gegen die Kataib Hizbullah. Dabei handelt es sich um eine der mächtigsten schiitischen Milizen, die seit dem Aufstieg des Dschihadverbands Islamischer Staat (IS) unter dem Dach der Volksmobilisierungseinheiten «Haschd» zusammengefasst sind und eine bedeutende Rolle im Kampf gegen den IS gespielt haben. Seither haben sie sich aber teilweise der Kontrolle der irakischen Regierung entzogen und stehen unter starkem Einfluss des Irans. Den Kataib Hizbullah wird vorgeworfen, bei den seit vergangenem Herbst anhaltenden Protesten gewaltsam gegen Demonstrantinnen und Demonstranten vorgegangen zu sein. Zudem sind sie für zahlreiche Angriffe auf amerikanische Militärbasen im Irak verantwortlich. Im Januar dieses Jahres ist ihr damaliger Anführer, Abu Mahdi al-Muhandis zusammen mit dem Kommandeur der iranischen Quds-Brigaden, Kassem Soleimani, durch einen amerikanischen Luftangriff in Bagdad getötet worden.

## *Vorgehen gegen Kataib Hizbullah*

Im Gegensatz zu seinen Vorgängern scheint der im Mai dieses Jahres eingesetzte Minister-

präsident Mustafa al-Kadhimi nun Ernst zu machen mit den Plänen, das staatliche Gewaltmonopol gegen die Haschd durchzusetzen. Am 26. Juni stürmten Spezialeinheiten den Sitz der Kataib Hizbullah im Süden Bagdads, mehrere Personen wurden festgenommen. Die Milizen reagierten umgehend: Innerhalb von Stunden wurden mehrere hundert Kämpfer mobilisiert und nach Bagdad gebracht. Hier bedrängten sie die Sicherheitskräfte derart, dass die Festgenommenen wieder auf freien Fuss gesetzt werden mussten. Sollte es tatsächlich zu einer Eskalation zwischen Teilen der Haschd und den regulären Streitkräften kommen, würde das eine Zerreihsprobe für die erst kürzlich und nach langer Blockade installierte Regierung darstellen.

Trotz diesem Rückschlag machte die Regierung ihren Willen deutlich, die staatliche Autorität gegenüber den Milizen durchzusetzen. Damit will sie den iranischen Einfluss im Irak reduzieren. Druck der USA mag hierfür eine Rolle spielen, vor allem aber sehen grosse Teile selbst der schiitischen Bevölkerung die Macht des Irans im Irak zunehmend kritisch. An den Protesten der vergangenen Monate wurde immer wieder explizit ein Ende der iranischen Einmischung gefordert ([FINO-Pointer: Wie souverän ist der Irak?](#)). Die enge Bindung an den Iran

ist längst von einer Stärkung zu einer Gefahr für die irakische Elite geworden.

#### *Issawis Rückkehr: Ein Signal an die Sunniten*

Die zweite Meldung, die heraussticht, ist die Rückkehr Rafi al-Issawi in den Irak. Issawi, einer der höchsten sunnitischen Amtsträger in verschiedenen Regierungen nach dem Sturz Saddam Husseins 2003, war nach einer Terrorismus-Anklage 2013 aus dem Irak geflohen. Das Vorgehen gegen ihn war offensichtlich vom damaligen Premierminister Nuri al-Maliki gegen sunnitische Kritik an seiner Regierung instrumentalisiert worden. Massive Proteste besonders in Issawis Herkunftsprovinz Anbar waren die Folge. Die damalige Niederschlagung der Proteste trug dazu bei, dass sich viele irakische Sunnitinnen und Sunniten von der Regierung in Bagdad abwandten; kurz darauf startete der IS von diesen Gebieten aus seinen Eroberungsfeldzug.

Dass Issawi heute offensichtlich kommuniziert, seine Heimkehr sei ohne grössere Risiken möglich, kann nur als Signal der aktuellen Regierung an die sunnitische Bevölkerung gedeutet werden. Und dieses Signal ist unmissverständlich: Die Polarisierung zwischen Schia und Sunna soll überwunden, die Sunniten sollen wieder integriert werden.

#### *Schutz des bestehenden Systems*

Kadhimi will mit seinem Vorgehen also sowohl den Bedürfnissen der sunnitischen Bevölkerung wie den Forderungen der mehrheitlich schiitischen Demonstrantinnen und Demonstranten entsprechen. Das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass er Teil der von diesen beiden Gruppen abgelehnten aktuellen politischen Elite ist. Kadhimi hat seit seiner Nominierung denn auch stets beteuert, am aktuellen Regierungssystem festhalten zu wollen, in dem kon-

fessionelle und ethnische Zugehörigkeit die politische Repräsentation organisiert und somit die Macht zwischen Schiiten, Sunniten und Kurden aufgeteilt wird ([FINO-Memo Nr. 20: Wem gehört der Irak?](#)). Durch die Reintegration sunnitischer Politiker, die Besänftigung der Demonstrantinnen und Demonstranten und die Durchsetzung gegenüber den Haschd schafft er eine Basis, um das Überleben dieses von weiten Teilen der Bevölkerung abgelehnten Systems zu sichern.

#### *Duale Strukturen als Ausweg?*

Kadhimis Plan scheint es zu sein, eine duale Struktur zu etablieren: Einerseits soll die bisherige konfessionalisierte Machtteilung beibehalten, die bestehenden Eliten weiter eingebunden und deren Macht gesichert werden. Andererseits schafft er eine transkonfessionelle Legitimation der Regierung, die die Bevölkerung jenseits konfessioneller Zugehörigkeit repräsentieren soll: Die Regierung als Symbol einer idealisierten irakischen Einheit. Statt den Widerspruch zwischen den beiden Ansätzen aufzulösen, würden sie also einfach kombiniert. Es wird sich zeigen, ob Kadhimi dieser Spagat gelingt und ob er gegenüber der Bevölkerung glaubhaft machen kann, dass seine Regierung tatsächlich über konfessionellen Partikularinteressen steht. Trotz solcher Bedenken: Weder werden sich die bestehenden Eliten ohne Widerstand von ihren Machtpositionen absetzen lassen, noch kann das delegitimierte System angesichts der massiven Proteste über einen längeren Zeitraum unverändert bestehen. Beide Optionen würden unweigerlich zu Instabilität führen, wahrscheinlich sogar in weitere Gewalt eskalieren. Ein solcher Kompromiss, der zwischen bestehenden Machtansprüchen und Protestforderungen vermittelt, könnte für den Irak einen Ausweg aus der aktuellen Patt-situation eröffnen.